

„Ein bisschen Druck“

Zeitgeschichte Die USA unterstützten den jungen Willy Brandt in Berlin und beförderten so seinen Aufstieg – mit getarnten Spenden.

Das geheime Treffen fand statt am 27. Juli 1950 in Zimmer 115 des Frankfurter IG-Farben-Gebäudes, des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Deutschland. Der Besucher kam aus Westberlin, für die SPD saß er im ersten Deutschen Bundestag. Sein Name: Willy Brandt. Es ging um politische Unterstützung, ein heikles Feld für die Besatzungsmacht, und so mahnten die Amerikaner ihren Gast und dessen Begleiter, den Westberliner Senatssprecher Hans Hirschfeld, alle Vereinbarungen „streng vertraulich“ zu halten. Ein überflüssiger Hinweis: Man habe „ebenfalls starkes Interesse daran, nur den allernotwendigsten Kreis zu unterrichten“, entgegnete Brandt, 36.

Kein Wunder, denn die Amerikaner sicherten ihm 200 000 Mark zu, was rund einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin entsprach. Wäre die Zahlung bekannt geworden, hätte sie die Karriere des späteren SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers wohl früh beendet.

Die Amerikaner ihrerseits taten alles, die brisante Spende geheim zu halten. Der Sekretärin, die die Unterlagen tippte, wurde eingeschärft, Stillschweigen zu wahren. Von dem Termin mit Brandt wussten nur drei Mitarbeiter und natürlich Hochkommissar John McCloy, oberster Vertreter der US-Besatzungsmacht.

Und tatsächlich blieb das Geheimnis gewahrt, über ein halbes Jahrhundert lang. Erst kürzlich stieß der deutsch-amerikanische Historiker Scott Krause im Berliner Landesarchiv auf Unterlagen von Brandts Begleiter Hirschfeld, darunter einen Vermerk über jenes Treffen im Juli 1950. Krause präsentierte seine Recherchen diese Woche der Berliner Willy-Brandt-Stiftung.

Danach ist die Zahlung der 200 000 Mark der Höhepunkt einer Kampagne, mit der Washington in den Fünfzigerjahren die damals noch vielfach marxistisch ausgerich-

tete SPD auf Westkurs zu bringen versuchte. Trotz des Kalten Krieges lehnten nämlich zahlreiche Sozialdemokraten eine Wiederbewaffnung und die Westintegration der jungen Bundesrepublik ab.

Um dies zu ändern, setzten die Amerikaner auf eine Gruppe in der Westberliner SPD um den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter, zu der auch Brandt zählte. Die Genossen wollten die Partei – im Gegensatz zur Landes- und Bundes-SPD – in die Mitte rücken. In ihrem Berliner Machtkampf wurden sie von den US-Besatzern unterstützt.

In den Jahren 1952/53 flossen gestückelt weitere 106 000 Mark an Hirschfeld; es gibt zudem eindeutige Hinweise auf andere Geldleistungen, deren Umfang noch unbekannt ist. Auch sorgten sie dafür, so die Recherchen, dass der dominierende US-„Rundfunk im amerikanischen Sektor“,

ministers früh mit den Nazis angelegt und musste fliehen. In New York arbeitete er für den US-Geheimdienst OSS. Über eine Kollegin – ebenfalls Emigrantin – lernte er deren amerikanischen Ehemann Shepard („Shep“) Stone kennen. Hirschfeld hielt auch Kontakt zu dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Paul Hertz.

1950 fanden sich alle in der Bundesrepublik wieder: Hirschfeld als Senatssprecher, Hertz koordinierte die Hilfsgelder aus dem Marshallplan für die Teilstadt, Stone unterstand die „Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten“ beim US-Hochkommissar mit einem Millionenetat. Dazu stieß Karl F. Mautner, einst aus Wien geflohen und nun Verbindungsoffizier der Amerikaner im Schöneberger Rathaus.

Das Exilantenschicksal verband sie mit Brandt und Reuter, die während des „Dritten Reichs“ nach Skandinavien beziehungsweise in die Türkei geflohen waren. Die Westbindung der Bonner Republik verstanden die Emigranten beiderseits des Atlantiks als „gemeinsames Projekt“ (Krause).

Man habe mit Brandt „sehr eng“ zusammengearbeitet, erzählte Mautner später. Aus den Hirschfeld-Papieren lässt sich rekonstruieren, wie das im Fall der 200 000-Mark-Zahlung ablief. Danach wandte sich Hirschfeld im Mai 1950 an den „lieben Shep“ und klagte, der Reuter-Gruppe fehle im Berliner Machtkampf eine Zeitung, „die unsere politische Linie befolgt, hält und begründet“. Hirschfeld erwähnte das „Berliner Stadtblatt“, ein kleines SPD-Blatt in finanziellen Schwierigkeiten. Dessen Chefredakteur war Brandt.

Gemeinsam ersannen Stone und Hirschfeld eine Lösung: Sie tarnten die Finanzspritze für Brandt als PR-Kampagne zur Förderung des Marshallplans. Stone kaufte zum überhöhten Preis von 200 000 Mark zwei Sonderbeilagen à sechs Seiten beim „Berliner Stadtblatt“; in den Beilagen warben dann Brandt, Reuter und andere für den Marshallplan. Nach Einschätzung Krauses blieben von der Kaufsumme rund 170 000 Mark zur freien Verfügung Brandts – ein Fall von „verdeckter Parteienfinanzierung“, urteilt der Historiker.

Empören mag sich Krause über den Eingriff in das Kräftespiel im Nachkriegs-Berlin allerdings nicht. Während des Kalten Krieges hätten die USA oft rechte Diktatoren unterstützt, lautet sein Einwand. Tatsächlich lässt sich an einem nicht zweifeln: Mit Brandt förderte Washington ausnahmsweise einmal einen Demokraten.

Klaus Wiegrefe

Mail: klaus.wiegrefe@spiegel.de



New-York-Besucher Brandt 1959: „Streng vertrauliche“ Vereinbarungen

RIAS, der Reuter-Gruppe besonders viel Sendezeit einräumte.

Wie groß der Einfluss der US-Vertreter vor Ort war, lässt sich daran ablesen, dass 1953 ein Genosse Brandts bei ihnen vorstellig wurde. Sein Anliegen: Brandt zögere, für den SPD-Landesvorsitz zu kandidieren, und benötige deshalb „ein bisschen Druck“ der Amerikaner.

Erst 1957/58 endete der SPD-interne Machtkampf, wohl auch dank der US-Unterstützung, mit Brandts Triumph: Er wurde Regierender Bürgermeister und übernahm den SPD-Landesverband.

Historiker Krause hat ein Netzwerk rekonstruiert, dessen Anfänge im Zweiten Weltkrieg liegen. In New York lebten damals rund 70 000 deutschsprachige Flüchtlinge, darunter Hirschfeld. Der jüdische Sozialdemokrat aus Hamburg hatte sich als Pressesprecher des preußischen Innen-